

# Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

---



Kreisausschuss

## Niederschrift

über die 2. außerordentliche öffentliche/ nichtöffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 10.01.2011 im Kreisausschusssaal, Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde.

### Anwesend waren:

#### **Landrat**

Herr Peer Giesecke

Vorsitzender des Kreisausschusses

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Kornelia Wehlan

Herr Bernd Habermann

Herr Fritz Lindner

Frau Ria von Schrötter

Frau Heide Igel

Frau Dr. Irene Pacholik

ab 17.05 Uhr (TOP 3)

Herr Dirk Hohlfeld

Herr Hans-Jürgen Akuloff

Herr Michael Wolny

Herr Matthias-Eberhard Nerlich

Herr Holger Vogt

Herr Andreas Noack

Herr Detlev von der Heide

Vertretung für Herrn Christoph Schulze

Herr Hermann Kühnapfel

Vertretung für Herrn Danny Eichelbaum

#### **Verwaltung**

Frau Kirsten Gurske

Erste Beigeordnete und Dezernentin II

Herr Holger Lademann

Beigeordneter und Dezernent IV

Herr Horst Bührendt

Dezernent V

### Entschuldigt fehlten:

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Christoph Schulze

Herr Danny Eichelbaum

#### **Verwaltung**

Herr Dieter Albrecht

Dezernent I

Herr Detlef Gärtner

Dezernent III

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:45 Uhr

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Mitteilungen des Vorsitzenden
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der 14. ordentlichen Sitzung des Kreisausschusses am 29. November 2010
- 3 Anfragen der Abgeordneten
- 4 Vereinbarung zur gemeinsamen Einrichtung – Jobcenter Teltow-Fläming 4-0829/10-II

### **Nichtöffentlicher Teil**

- 5 Vergabe Landschaftsbauarbeiten für das Bauvorhaben "Netzergänzung Fläming-Skate", Abschnitt Wahlsdorf-Prensdorf 4-0843/11-III

### **Öffentlicher Teil**

#### **TOP 1**

#### **Mitteilungen des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende des Kreisausschusses Herr Landrat Giesecke begrüßt die Abgeordneten und Gäste und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Landrat Giesecke wünscht allen ein gesundes neues Jahr.

Er informiert darüber, dass für die nächste Sitzung des Kreisausschusses bisher nur eine Vorlage angemeldet ist. Wenn diese heute über eine Dringlichkeit in die Tagesordnung aufgenommen wird, könnte die für den 31. Januar 2011 geplante Sitzung des Kreisausschusses ausfallen. Eine andere Möglichkeit wäre die Herbeiführung einer Eilentscheidung des Landrates und des Vorsitzenden des Kreistages und die nachträgliche Genehmigung im nächsten Kreistag oder im Kreisausschuss am 14. März 2011.

**Die Abgeordneten befürworten einstimmig die Aufnahme der Vorlage 4-0843/11-III in die heutige Tagesordnung als TOP 5.**

**Die somit geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.**

#### **TOP 2**

#### **Einwendungen gegen die Niederschrift der 14. ordentlichen Sitzung des Kreisausschusses am 29. November 2010**

Einwendungen gegen die Niederschrift liegen nicht vor. Sie gilt damit als genehmigt.

### **TOP 3**

#### **Anfragen der Abgeordneten**

(Frau Abg. Dr. Pacholik nimmt an der Sitzung teil.)

Frau Abg. Igel fragt, ob es mittlerweile eine Klärung gibt, die Post in Zossen als Standort für das Jobcenter zu nutzen.

Herr Landrat Giesecke informiert, dass die Klärung dieser Frage definitiv in dieser Woche erfolgen wird. Er macht darauf aufmerksam, dass der Landkreis jedoch nicht Entscheidungsträger ist.

Herr Abg. Habermann fragt nach, welche Unterstützung der Landkreis der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow zur Vorfinanzierung der Leistungen des Landes bezüglich des Radweges zur Schulwegsicherung an der Landesstraße 402 von Groß Kienitz nach Dahlewitz geben kann.

Herr Landrat Giesecke sieht hier eine Dringlichkeit gegeben und führt aus, dass der Landkreis versuchen kann, mit dem Ministerium darüber zu reden. Er informiert, dass die Gemeinde selbst noch nicht an ihn mit diesem Problem herangetreten ist.

Herr Abg. Noack macht darauf aufmerksam, dass die Stadt Zossen über längere Zeit gemeinsam mit der ARGE den Umbau der Post vorangetrieben hat. Jetzt ist ihm bekannt geworden, dass von der ARGE der Standort Kirchplatz in Zossen zum 30. Juni 2011 gekündigt wurde. Er fragt, ob die anderen Standorte in der Bahnhofstraße und in der Baruther Straße ebenfalls schon gekündigt wurden. Er verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass der umfangreiche Umbau der Post sicher nicht bis zu diesem Termin abgeschlossen sein wird.

Herr Landrat Giesecke informiert, dass der Standort in der Baruther Straße gekündigt wurde und der in der Bahnhofstraße nicht, da diese Räume nach Auszug der ARGE durch die Arbeitsagentur genutzt werden sollen. Die Kündigung erfolgte vorsorglich, da ein Umzug zum 1. Juli 2011 angestrebt wird. Derzeit sind als Standorte die alte Post in Zossen und Wünsdorf in Verhandlung. Zum aktuellen Stand kann er derzeit keine Auskunft geben, da die Gespräche noch geführt werden.

Herr Abg. Wolny fragt nach, ob mit der Übergabe der Jahresbilanz 2009 und der Eröffnungsbilanz 2010 an die Abgeordneten des Kreistages noch im 1. Quartal 2011 gerechnet werden kann.

Herr Landrat Giesecke führt aus, dass die Prüfung der Eröffnungsbilanz durch das Rechnungsprüfungsamt abgeschlossen wurde und die Kämmerei derzeit damit beschäftigt ist, Buchungen und Umbuchungen durchzuführen. Er hofft, dass Ende des I. Quartals 2011 die Eröffnungsbilanz vorgelegt werden kann.

Herr Abg. Vogt fragt, ob es angesichts der desaströsen Auswirkungen auf die Landwirte im Landkreis eigene Recherchen über ein mögliches Inverkehrbringen von dioxinhaltigen Futtermitteln aus den Herstellerbereichen gibt. Darüber hinaus möchte er wissen, wer eventuell solche Recherchen betreibt, um eine Erklärung abgeben zu können, dass von den Produkten des Landkreises Teltow-Fläming keine Gefahr ausgeht.

Herr Lademann, Beigeordneter und Dezernent IV, informiert, dass dieses Thema am morgigen Tag auf der Tagesordnung seiner Dienstberatung steht und er heute dazu noch keine konkrete Aussage treffen kann.

Frau Gurske, Erste Beigeordnete und Dezernentin II, ergänzt, dass der Bereich Veterinärwesen darüber informiert hat, dass sowohl die Schweine- als auch die Geflügelanlage im Landkreis nicht betroffen sind.

Frau Abg. Wehlan ergänzt, dass entsprechende Erhebungen zu dieser Problematik über das Land Brandenburg erfolgen.

Herr Abg. Nerlich fragt, wie es mit dem maroden Gebäude Haag 12 in Luckenwalde, welches eine Verkehrsgefährdung darstellt, weitergehen soll.

Herr Landrat Giesecke informiert, dass es kein Problem wäre, das Gebäude abreißen zu lassen, da die finanziellen Mittel dafür vorhanden sind. Es gibt jedoch keine Abrissgenehmigung von der oberen Denkmalschutzbehörde. Zur Sicherung des Gebäudes wurden in der letzten Zeit regelmäßig die angebrachten Gipsplomben kontrolliert.

#### **TOP 4**

#### **Vereinbarung zur gemeinsamen Einrichtung - Jobcenter Teltow-Fläming**

**( 4-0829/10-II )**

Frau Gurske begründet und erläutert die Vorlage, die als Ergebnis der Verhandlungen zwischen Agentur für Arbeit und Landkreis als Gründungsvereinbarung für das Jobcenter Teltow-Fläming vorliegt. Sie hebt hervor, dass es von besonderer Bedeutung ist, dass der Landkreis zukünftig einen entsprechenden Einfluss bei der Gestaltung des Arbeitsmarktprogrammes haben wird. Dazu wird eine Arbeitsgruppe gebildet werden, in der der Landkreis gleichberechtigter Partner ist.

Frau Abg. Wehlan fragt, welche markanten Aufgaben am Hauptstandort des Jobcenters in Zossen gebunden sein werden.

Frau Gurske führt aus, dass sich der Hauptstandort ihrer Kenntnis nach auf den Sitz der Geschäftsführung und des Personalrates bezieht und nichts mit den Grunddienstleistungen des Jobcenters zu tun hat. Perspektivisch sieht sie es durchaus so, dass die Geschäftsführung auch in Luckenwalde sitzen kann.

Herr Abg. Vogt fragt, welche rechtliche Konstruktion das Jobcenter hat und wo die Unterschiede zur bisherigen ARGE liegen.

Frau Gurske führt aus, dass die SGB-II-Reform die Grundlage bildet, die es ermöglicht, dass zwei Träger diese gemeinsame Einrichtung betreiben.

Frau Petzold, Geschäftsführerin des Jobcenters, erläutert, dass es sich beim Jobcenter um keine juristische Person handelt, die verklagt werden kann. Nur die Bescheide, die erlassen werden, können beklagt werden. Sie führt weiter aus, dass nicht der Geschäftsführer, sondern die Trägerversammlung alle personalrechtlichen Entscheidungen trifft und die Trägerversammlung als Aufsichtsratsgremium fungiert. Sie stellt dar, dass das Jobcenter ein Konstrukt ist, welches es in dieser Form noch nicht gegeben hat und eine Grundgesetzänderung dafür notwendig war.

Herr Abg. von der Heide verweist darauf, dass das Jobcenter eine juristische Person ist, die nach außen handelt und durch die Geschäftsführung vertreten wird, die jedoch Einschränkungen in ihren Kompetenzen hat. Inhaltlich hat sich nach seiner Meinung dagegen nicht so viel geändert. Er hätte sich vorgestellt, dass deutlicher festgeschrieben wird, dass die Trägerversammlung Verantwortung und Kompetenzen hat, zu Beginn eines Geschäftsjahres darüber zu befinden, wie die Fördermöglichkeiten und die rechtlichen Gegebenheiten auf kommunaler Ebene ausgestaltet werden.

Frau Gurske führt aus, dass für das Arbeitsmarktprogramm 2011 bereits im letzten Jahr ein erster Anlauf genommen wurde. Es wurde festgeschrieben, dass das Arbeitsmarktprogramm nicht mehr von der ARGE erstellt und der Trägerversammlung zur Abstimmung vorgelegt wird, sondern dass der Landkreis in den Erarbeitungsprozess aktiv eingebunden wird. Es wird eine temporäre Arbeitsgruppe geben, die sich trifft, wenn die Vorgaben von der Agentur bundesweit bekannt gegeben werden. Frau Gurske informiert, dass in diesem Jahr schon Sitzungen stattfanden, an denen die Wirtschaftsförderung und das Sozialamt des Kreises beteiligt waren. Dieser Prozess soll ausgebaut und fortgesetzt werden, was in der Vereinbarung auch so festgeschrieben wurde.

Herr Abg. von der Heide fragt, ob er es richtig verstanden hat, dass die Abgeordneten des Kreistages, die der Trägerversammlung angehören, nicht an diesem Prozess beteiligt sind.

Frau Gurske hält dieses Problem für ausgestaltbar.

Frau Abg. von Schrötter weiß aus Erfahrung, dass es für ehrenamtlich politisch Tätige ein großes Problem darstellt, in einem so hoch spezialisierten Gebiet zu arbeiten. Sie fragt angesichts der konkreten Vorgaben und Rahmenbedingungen der Bundesagentur für Arbeit, wie der Kreis hier beteiligt ist. Sie möchte wissen, wer Aufsichtsgremium in einem Konstrukt ist, welches bisher nicht über diese Ebene beeinflussbar war.

Frau Gurske führt an, dass die Kompetenzen der Trägerversammlung durchaus gestiegen sind. Als Beispiele verweist sie auf Fragen wie Qualifizierungsplan, Stellenplan, Stellenschlüssel, die der Entscheidung der Trägerversammlung obliegen.

Frau Abg. von Schrötter entgegnet, dass es ihr um den Einfluss auf die Arbeitsmarktinstrumente geht.

Frau Gurske verweist darauf, dass eine Einflussnahme durchaus möglich ist. Sie führt beispielgebend aus Erfahrungen bei Verhandlungen dieses Jahres an, dass es möglich war, sich als Kreis z.B. bei der Frage des Bedarfes für einen 2. Arbeitsmarkt einzubringen.

Frau Petzold informiert, dass die Jobcenter und die optierenden Kommunen unter den gleichen Konstellationen arbeiten, die vom Bundesminister für Arbeit und Soziales vorgegeben werden, und erläutert die Arbeitsweise zur Durchsetzung der entsprechenden Zielvereinbarungen in den Regionen.

Frau Abg. Wehlan mahnt an, dass neben der Arbeit in der Trägerversammlung gleichermaßen eine Anbindung an den Kreistag und an die zuständigen Ausschüsse erfolgen muss, um über die Abgeordneten die kommunale Sicht in die Trägerversammlung zu bringen. Sie fordert, dass es eine Verständigung dazu geben muss, wie diese Zusammenarbeit zukünftig erfolgen sollte. Aus ihrer Sicht ist es notwendig, in der öffentlichen Diskussion darzustellen, was durch das Jobcenter zu verantworten ist, was hierbei in kommunaler Verantwortung liegt und was die Bundespolitik vorgibt. Sie bittet den Landrat und die Erste Beigeordnete zu überlegen, ob ausgehend von der heutigen

Beschlussfassung diese Problematik mittels einer Pressekonferenz in der Öffentlichkeit thematisiert wird.

Herr Abg. Wolny sieht die Aufgabe für die Kreistagsabgeordneten darin, die entsprechenden Ziele der Arbeitsmarktpolitik immer wieder abzufragen. Er fordert, dass die Trägerversammlung mit entsprechender Kompetenz in regelmäßigen Abständen zusammenkommt und die Reflektion durch Zwischenberichte im Kreistag, gegebenenfalls auch an die Presse, erfolgt.

Herr Abg. Nerlich merkt an, dass er als Hauptsitz des Jobcenters die Stadt Zossen – und nicht Wünsdorf – favorisiert. Er fragt, warum die Besetzung der Bänke in der Trägerversammlung durch den Landkreis mit 6 Mitgliedern und durch die Agentur mit 3 Mitgliedern erfolgt. Zur Zielstellung, das Gesamtpersonal auf 12,6% zu erhöhen fragt er, welcher Prozentanteil derzeit besteht und wie hoch der Prozentanteil von Führungskräften derzeit ist. Er erachtet den Zeitraum, zu dem die Vorlage den Abgeordneten vorgelegt wurde, als zu spät.

Frau Gurske führt zur Zeitschiene aus, dass die Vereinbarung erst nach dem Grundsatzbeschluss im Kreistag am 1. November 2010 verhandelt werden konnte. Da die Agentur mit allen Landkreisen diese Verhandlungen führen musste, gab es Termenschwierigkeiten. Sie bekräftigt, dass die Arbeitsfähigkeit des Jobcenters nicht von dieser Vereinbarung abhängt und dieses seit dem 1. Januar 2011 arbeitsfähig ist. Zum kommunalen Personalanteil führt sie aus, dass im Rahmen des Stellenplanes 2011 dieser schrittweise von 17 wieder auf die entsprechende Stellenzahl 20 erhöht werden kann. Die zweite Bereichsleiterstelle, die derzeit noch offen ist, wird kommunal besetzt werden. Darüber hinaus sind zwei Teamleiter kommunal besetzt.

Herr Abg. Vogt betrachtet es als Widerspruch, dass die Trägerversammlung für die Dauer von fünf Jahren einen Vertreter des Landkreises zum Vorsitzenden und seinen Stellvertreter wählt, jedoch im § 5 der Vereinbarung festgelegt ist, dass die Position des Geschäftsführers nicht gleichzeitig durch den selben Träger besetzt werden soll. Das würde im Umkehrschluss bedeuten, dass nach fünf Jahren wieder ein Vertreter des Landkreises als Vorsitzender und Stellvertreter gewählt werden muss.

Herr Landrat Giesecke weist darauf hin, dass es der Wille ist, dass der Geschäftsführer und der Vorsitzende der Trägerversammlung nicht durch den gleichen Träger gestellt werden. Zur Nachfrage von Herrn Nerlich nach der Besetzung der Bänke führt Herr Giesecke aus, dass es gesetzlich so vorgesehen ist, dass jede Seite drei Vertreter in der Trägerversammlung haben soll. Das würde bedeuten, dass die jetzige Besetzung der Trägerversammlung im Landkreis grundlegend geändert werden müsste, die sich in der Vergangenheit jedoch bewährt hat. Bisher gab es auch das Blockstimmrecht, bei dem jeder Träger eine Stimme hatte und die Stimme des Vorsitzenden der Trägerversammlung im Zweifelsfall den Ausschlag geben konnte. In der Praxis war es jedoch so, dass solange diskutiert und verhandelt wurde, bis Einstimmigkeit herbeigeführt werden konnte. Unter dieser Bedingung des Blockstimmrechtes hat sich auch die Agentur bereit erklärt, der Besetzung der Bänke zuzustimmen. Herr Landrat Giesecke denkt, dass das, was sich bewährt hat, auch nicht geändert werden sollte. Er macht darauf aufmerksam, dass heute ein Beschluss gefasst werden sollte, dass die bisherigen drei Vertreter für die Sitzung der Trägerversammlung am 14. Januar 2011 autorisiert an dieser im Auftrag des Kreistages teilnehmen können. Im nächsten Kreistag wird dann die Wahl der Vertreter für die Trägerversammlung erfolgen.

Herr Landrat Giesecke stellt die Vorlage mit der Änderung, im § 1 Abs. 4 der Vereinbarung die Worte „Gemeinde Zossen“ durch die Worte „Stadt Zossen“ zu ersetzen, zur Abstimmung.

**Der Kreisausschuss beschließt:**

die Vereinbarung zur gemeinsamen Einrichtung gemäß § 44b des SGB II – Jobcenter Teltow-Fläming – zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der Agentur für Arbeit Potsdam.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**Der Kreisausschuss beschließt:**

Die drei bisherigen Vertreter in der Trägerversammlung Herr Detlev von der Heide, Frau Maritta Böttcher und Herr Michael Wolny werden beauftragt, am 14. Januar 2011 in der 1. Trägerversammlung des Jobcenters die Interessen des Kreistages Teltow-Fläming wahrzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**Der Vorsitzende des Kreisausschusses, Herr Landrat Giesecke, stellt den Ausschluss der Öffentlichkeit fest.**